

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 21

Charlottenburg, Freitag, den 23. Mai 1913

Jahrg. 40

Sperren

Vollsperrungen: Altwasser (C. Tietz & Co.). Arzberg (A. G. Schönwald, Abt. Arzberg). Colditz (Thomsberger & Hermann). Döbeln (Kefler & Herold). Düsseldorf (Rhenania). Flörsheim a. M. (Wilhelm Dienst). Großbreitenbach (Wagner & Enders). Karlsruhe. Köppelsdorf (Phil. Koch). Kranichfeld. Rehau (Beh, Scherzer & Co.). Rheinsberg. Rösau. Schwarzenbach (Kleinreich). Tettau.

Halbsperrungen in Deutschland: Bonn (Mehlem). Fürstenberg a. W. Hennisdorf bei Berlin. Königszell. Krummenaach. Meuselwitz. Oeslau (Göbel). Passau. Reichenbach. (Schwabe & Co.) Schlierbach. Sörnewitz. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Buchau (Platz & Köfner). Budapest (Drascha). Gießhübl (Joh. Schuldes). Grünlas (R. Rämpf). Krawska (L. Fiala & Sohn). Meretitz (Bentler & Co., Inh. J. Koch). Prag (Malerei Scharrer & Co.) Birkenhammer (Fischer & Mieg). Bistritz bei Teplitz (Kreuzberger, Mayer & Purlert).

Bericht der Generalkommission für das Jahr 1912.

I.

Im Berichtsjahre gelangten die bereits im Jahre 1911 begonnenen Kämpfe im Steindruckgewerbe und in der Tabakindustrie zum Abschluß. Trotz der verhängten Aussperrungen mußten die Unternehmer sich zu einem für die Arbeiter durchaus ehrenvollen Friedensschluß bequemen und die verhafteten Gewerkschaften anerkennen. Zu größeren Aussperrungen kam es in der Porzellanindustrie, im Schneidergewerbe und in der Metallindustrie. Die Kämpfe in der Porzellan- und Metallindustrie wurden durch direkte Verständigung zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen beendet; der Kampf im Schneidergewerbe durch Schiedspruch. In den meisten Fällen haben die Unternehmer nicht unerhebliche Zugeständnisse an die Arbeiter machen müssen.

Der bedeutendste Kampf des Vorjahres war der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier, der infolge des in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung einzig dastehenden unerhörten Verrats der christlichen Gewerkschaften und des zügellosen Terrorismus, der in dem von Polizei und Militär überfüllten Streikgebiet gegen die Streikenden ausgeübt wurde, schon nach einwöchiger Dauer erfolglos abgebrochen werden mußte. In einem gemeinsamen Aufruf erhoben Generalkommission und Parteivorstand öffentlichen Protest gegen das Verhalten der Regierung, die gerade in der kritischen Zeit wieder einmal in so klarer Weise gezeigt habe, wie sehr sie von dem Willen getragen sei, den Wünschen der Scharfmacher nachzukommen. An die Arbeiter im ganzen Reiche wurde das Ersuchen gerichtet, sich dem Protest anzuschließen. Unterstützung von den christlichen Gewerkschaftsführern setzte eine unerhörliche Hege gegen die streikenden Gewerkschaften ein. Die unter dem Terrorismus wirtschaftlicher und öffentlicher Gewalten leidenden gewerkschaftlichen Organisationen wurden des Terrorismus gegen Arbeitswillige beschuldigt, zu deren Schutz man

verschärfte Strafbestimmungen, insbesondere ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens verlangte.

Die Durchführung solcher Absichten dürfte allerdings im Reichstage zunächst auf einige Schwierigkeiten stoßen. Ein konservativer Antrag, der ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens forderte, wurde vom Reichstage mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch die Reichsregierung erklärte sich dagegen, aber nur, weil sie sich von ausnahmerechtlichen Maßregeln nichts verspricht und den gegenwärtigen Zeitpunkt für gesetzgeberische Aktionen gegen die Gewerkschaften nicht für geeignet hält. Sie erklärt, mit der schärferen Anwendung der bestehenden Gesetze einstweilen auskommen zu können und will erst bei der Neuregelung unseres Strafrechts im neuen Strafgesetzbuch den entscheidenden Schlag gegen das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter führen.

Die Folgen der gegen die Gewerkschaften betriebenen Hege und der Stellungnahme der Regierung, die unverhüllt eine schärfere Anwendung der bestehenden Gesetze gegen die ihr Koalitionsrecht ausübenden Arbeiter forderte, zeigte sich im ganzen Lande. Seitens mancher Gerichte werden für ein paar beleidigende Worte, wenn sie gegenüber einem Streikbrecher gefallen sind, geradezu barbarische Strafen verhängt. Das Vereinsgesetz wird nur zu oft in hitziger Weise gehandhabt. Immer häufiger bemühen sich strebsame Staatsanwälte, die Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stempeln. Die christlich-nationalen Gewerkschaften, die Kriegervereine, die Arbeitgeberorganisationen usw., die alle in viel weitgehendem Maße zu politischen Tagesfragen Stellung nehmen und offen den Kampf für bestimmte politische Parteien führen, läßt man dagegen ungeschoren.

So sorgen unsere Gegner mit anerkennenswertem Eifer dafür, immer von neuem den Beweis zu führen, daß wir in einem Klassenstaate leben und die von der Verfassung gewährleistete Rechtsgleichheit in Wirklichkeit der Arbeiterklasse gegenüber nicht vorhanden ist.

Der neue Reichstag hat bisher auf sozialpolitischem Gebiet nichts geleistet, wenn man von den überaus zahlreichen Resolutionen zum Etat absteht. Solche Resolutionen sind von allen Parteien in großer Zahl eingebracht und vom Reichstage angenommen worden. Es ist ja so leicht, für eine Resolution zu stimmen, durch welche die Regierung aufgefordert wird, dies oder jenes Gesetz zugunsten der Arbeiter und Angestellten vorzulegen. Die Regierung kennt ihre Pappenheimer und läßt sich Zeit, sehr viel Zeit. Kommt aber endlich einmal ein sozialpolitisches Gesetz an den Reichstag, so zeigt es sich, daß die bürgerlichen Parteien zwar immer schöne Worte für die Arbeiter haben, daß sie zu Taten aber meist nicht zu haben sind.

Die zur Durchführung der Volksversicherung von den der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften und dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine errichtete „Gewerkschaftlich-gesellschaftliche Aktiengesellschaft Volksfürsorge“ hat ihren Geschäftsbetrieb leider immer noch nicht beginnen können. Der mit der Ausarbeitung der Tarife und Versicherungsbedingungen beauftragte Mathematiker hat die Arbeit, statt, wie vereinbart, Ende September erst Mitte Dezember vorigen Jahres abgeliefert. Infolgedessen konnten Geschäftsplan, Tarife und Versicherungsbedingungen erst am 18. Dezember dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung zur Prüfung eingereicht werden. Das Aufsichtsamt hat eine Reihe von Aende-

rungen verlangt, die inzwischen vorgenommen sind. Ueber die Genehmigung des Geschäftsbetriebes entscheidet das Amt unter Mitwirkung des Versicherungsbeirates nach mündlicher Verhandlung. Die Genehmigung ist, wie wir in voriger Nummer berichteten, inzwischen erfolgt und es steht zu erwarten, daß der Geschäftsbetrieb am 1. Juli erfolgen kann.

Von dem Leipziger Gewerkschaftskartell wurde angeregt, ob es nicht angebracht sei, daß sich die Gewerkschaften an der Internationalen Bauausstellung in Leipzig beteiligen. Mit Rücksicht auf die Behandlung, die den Gewerkschaften von dem Direktorium der Hygieneausstellung zuteil geworden war, wurde die Beteiligung an der Internationalen Bauausstellung, die wiederum in Sachsen stattfindet, ohne weiteres abgelehnt. Erst als die Generalkommission von neuem darum angegangen wurde und das Ausstellungsdirektorium die Garantie gegeben hatte, daß sich Vorgänge wie in Dresden nicht wiederholen könnten, wurde die Beteiligung beschlossen.

Die proletarische Jugendbewegung hat in der Berichtszeit, die wegen der Aenderung des Geschäftsjahres nur 9 Monate umfaßt, gute Fortschritte gemacht, obwohl sie von Staat, Gemeinde und Unternehmertum in der skrupellosesten Weise bekämpft worden ist. Versammlungen wurden für politisch erklärt, bevor sie begonnen hatten. Sogar gesellige Veranstaltungen und Feste wurden im vornherein zu politischen Versammlungen gestempelt. Oftmals wurden die Pforten der Lokale von den Cherubinen des Klassenstaates geziert, um die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen am Besuche der Veranstaltung zu hindern. — Während solchermaßen versucht wurde, die Jugendlichen von der Jugendbewegung der Arbeiterschaft mit der Peitsche fernzuhalten, bemühten sich die bürgerlichen Eliten, die jungen Arbeiter mit dem Zuckerbrote an sich zu locken. Und dieselben Behörden, die die Jugendbewegung der Arbeiterschaft brutal bekämpften, leisteten dem Jugendfang des Bürgertums jeden erdenklichen Liebesdienst. In diesem heißen, für die Arbeiterschaft opferreichen Kampfe um die arbeitende Jugend hat sich aber unsere Jugendbewegung glänzend behauptet. Der Fortschritt läßt sich am besten an dem Abonnementstande der „Arbeiter-Jugend“ ermessen. Er ist von 80 086 auf 90 000 gestiegen. Die Zeitung wird von der Centralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands herausgegeben, der die Leitung der proletarischen Jugendbewegung obliegt. Die Generalkommission hat in der Centralstelle vier Vertreter. Die Centralstelle hat vier neue Flugblätter herausgegeben. Ein Flugblatt dient der Propaganda für die „Arbeiter-Jugend“, das zweite wendet sich gegen den Bund „Jung-Deutschland“, den Arbeiterverein der Jungen, das dritte richtet sich speziell an die junge Arbeiterin und das neueste klärt die Jugendlichen über die wahren Zwecke der neuen staatslich organisierten Jugendbewegung auf. Die insgesamt 10 Flugblätter der Centralstelle wurden in 69 100 Exemplaren verlangt. Die Agitationsbroschüre „Gehörst Du zu uns?“ wurde in 23 575 Exemplaren verbreitet. Vom „Jugend-Liederbuch“ wurden 22 223 Exemplare verkauft. Der Jugendalmanach „Jungvoll“ hat eine gute Aufnahme gefunden. 27 120 Exemplare wurden abgesetzt. „Jungvoll“ soll in jedem Jahre als eine Weihnachtsgabe an die arbeitende Jugend neu erscheinen.

Ein besonderes Augenmerk hat die Centralstelle der Ausbildung von Funktionären für die freie Jugendbewegung zugewendet. Sie gibt nach Bedarf ein gedrucktes Rundschreiben heraus, das Anleitungen für die praktische Arbeit auf allen Gebieten enthält. Für die einzelnen Arbeitszweige, das Vortragswesen, Einrichtung von Jugendbibliotheken, künstlerische gesellige Veranstaltungen, Körperpflege usw. sind im Laufe der Jahre besondere Ratgeber gedruckt worden, die an Funktionäre unentgeltlich abgegeben worden. Da der schriftlichen Belehrung auf diesem Gebiete enge Grenzen gezogen sind, ist die Centralstelle zur Einrichtung eines Ausbildungskurses für Jugendleiter gekommen. Der Kursus fand im Oktober in Berlin statt. 32 Funktionäre aus verschiedenen Bezirken Deutschlands waren eine Woche lang über alle Fragen der Jugendbewegung theoretisch und praktisch unterwiesen. Dem einmütigen Wunsche der Teilnehmer folgend, hat die Centralstelle beschlossen, den Kursus zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Die nächste Wiederholung findet im Mai d. J. statt.

Die Ausgaben der Centralstelle betragen 13 929,34 Mk. Ein Mittelglied zwischen der Centralstelle und den örtlichen Jugendausschüssen stellen die Bezirksleitungen dar. Gegenwärtig bestehen 32 Bezirksleitungen (im Vorjahre gab es 26). Sie vermitteln Vorträge, veranstalten Vortragstouren und Konferenzen, geben Flugblätter und Material für die

Jugendausschüsse heraus und stehen überhaupt den Funktionären mit Rat und Tat zur Seite.

Jugendausschüsse gibt es in 637 Orten (gegen 574 im Vorjahre). Die Zahl der Veranstaltungen, die sie zur Pflege des Körpers und des Geistes unserer Jugend getroffen haben, hat die des vorigen Jahres um ein bedeutendes überschritten. Im Sommer erfreuen sich naturgemäß die Wanderungen und Spiele im Freien eines stärkeren Interesses der Jugend als die reinen Bildungsveranstaltungen. Allgemein ist darum das Bestreben der Jugendausschüsse, die Wanderungen auch zu einem Mittel geistiger Erfrischung und Fortbildung zu machen.

I Konsumgenossenschaftsbewegung in Nordamerika.

Es ist eine befremdende Tatsache, daß in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Konsumgenossenschaftsbewegung, wie sie England und Deutschland besitzen, nicht vorhanden ist. Versuche, eine solche Bewegung auch in Amerika ins Leben zu rufen, sind mit wenigen Ausnahmen fehlgeschlagen. Es drängt sich deshalb ganz von selbst die Frage auf, ob die Ursachen zu diesen Fehlschlägen auf dem Gebiete konsumgenossenschaftlicher Arbeit im Genossenschaftswesen selber liegen oder ob diese Ursachen anderwärts zu suchen sind. Professor Peabody hat nun über die in Nordamerika fehlenden Voraussetzungen einer Konsumgenossenschaftlichen Bedingung äußerst interessante Ausführungen gemacht. Angesichts der Tatsache, meint Peabody, das schon das einzige Beispiel der britischen Genossenschaftsbewegung zur Genüge die Befähigung einfacher Leute zur Führung großer geschäftlicher Unternehmungen erweist, und angesichts der Tatsache, daß das Genossenschaftswesen bei der Beförderung der Wohlfahrt und der Befähigung zur Organisation der Lohnarbeiter eine wichtige Rolle gespielt hat und noch spielt, sei es unmöglich, das Genossenschaftswesen als unbedeutend oder unwirksam abtun zu wollen. Vornehmlich seien es vier Voraussetzungen, die unerlässlich sind zum Erfolge der Genossenschaftsbewegung. Zunächst dürfen die Genossenschaftsideen nicht mit anderen, des Erfolges weniger sicheren Bestrebungen verknüpft werden, da deren Fehlschlägen den Ruin des Genossenschaftswesens nach sich zieht. Die Genossenschaftler müssen fest darauf bestehen, daß ihre Unternehmungen an sich schon bedeutsam genug sind, um ihre volle Hingabe daran zu beanspruchen.

Die zweite Voraussetzung des genossenschaftlichen Erfolges ist ein beträchtlicher Grad von Stabilität im Wohnsitz, eine Voraussetzung, die gerade in den Vereinigten Staaten Nordamerikas nicht gegeben ist. Das Hin- und Herwandern der arbeitenden Bevölkerung hat in Amerika große Dimensionen angenommen. Auch die dritte Bedingung des Erfolges im Genossenschaftswesen, das Verlangen, Ersparnisse zu machen, ist bei der ganzen Art des Wirtschaftens der nordamerikanischen Bevölkerung nicht vorhanden. Auch dem amerikanischen Arbeiter gilt der ersparte Penny noch nicht soviel als einer, den er verdienen muß. Die Amerikaner sind von allen Völkern die am wenigsten sparsamen, ja, die verschwenderischsten Leute der Welt. Der Sparfuss erscheint der großen Zahl aller Klagen unwürdig, die Glückchancen sind einladender als die beisehenden Resultate des Sparens. Spekulation erscheint einträglicher als die tagtägliche Arbeit rationeller Wirtschaft.

Der letzte Grund, warum das Genossenschaftswesen augenblicklich in Amerika noch keine Erfolge zeitigt, ist in der Tatsache zu suchen, daß Eigensinn und Halsstarrigkeit in größerem Umfange vorhanden sind als Gemeininn, Verträglichkeit und genossenschaftlicher Geist. Die genossenschaftliche Idee beruht nicht nur auf Wirtschaftlichkeit, sondern auch auf Ehrlichkeit, Treue und Selbstlosigkeit. Ein völlig selbstsüchtiger Mann kann nicht ein guter Genossenschaftler sein. Das Genossenschaftswesen ist tatsächlich eine Form moralischer Erziehung, ein Ausdruck sozialer Ethik, eine Methode der Gütervermittlung, über deren Tüden geschrieben steht: „Tragt miteinander eure Bürde, seid Genossen!“ Der Unwissende, Unsparsame und Kurzsichtige wird sich nicht versucht fühlen, sich genossenschaftlich zu betätigen, noch wird er fähig sein, in dieser Beziehung etwas zu leisten. Moralische Verantwortlichkeit, ein Sinn für Treue und Glauben, die Bereitwilligkeit, für die Sache Opfer zu bringen, sind für den Geschäftserfolg wesentlich. Diese moralischen Anforderungen sind es, die dem Genossenschaftswesen seinen besonderen Platz in der wirtschaftlichen Welt geben.

Sollte Peabody mit seinen Beobachtungen recht haben, so wäre die Erscheinung, daß Amerika dem Genossenschaftsgedanken wenig gesunden Boden bietet, zum guten Teil erklärt.

Verbands-Angelegenheiten

Situationsbericht. Die Differenzen in Großbrettenbach, Firma Wagner & Enders, befinden sich noch in der Schwebe; es werden noch Feststellungen getroffen, auf Grund einer Vereinbarung zwischen Firma und Malerpersonal, deren Ergebnis abzuwarten bleibt.

In Plankenhammer haben Verhandlungen zwischen Beauftragten der Firma und der Arbeiterschaft stattgefunden, in deren Verlauf eine Beilegung des Konfliktes ermöglicht wurde. Die Sperre ist wieder aufgehoben.

Die Brenner in Rösclau, sind in den Ausstand getreten, weil nach dem Verhalten der Betriebsleitung ein anderer Weg nicht offen blieb. Zugang nach Rösclau ist streng fernzuhalten.

In Waldenburg haben Verhandlungen zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft stattgefunden, doch ist uns zur Stunde noch nicht bekannt, ob damit die schwebenden Differenzen endgültig erledigt sind.

Der Streit in Düsseldorf, Firma Rhemania dauert unverändert an. Die Betriebsleitung soll verzweifelte Anstrengungen machen, um Eishilfen heranzuholen, hat ancheinend aber den erhofften Erfolg nicht erreicht. Zugang ist nach wie vor streng fernzuhalten.

Die von Karlsruhe gemeldeten Differenzen in der Großherzoglichen Majolika-Manufaktur sind auf dem Verhandlungswege beigelegt worden, und damit die Angelegenheit erledigt.

In Schönwald, Firma C. & A. Müller, woselbst die Brenner in einer Abteilung plötzlich die Arbeit niedergelegt hatten, ist auf dem Verhandlungswege wieder eine Einigung erzielt worden. Nachträglich wird uns gemeldet, daß neue Schwierigkeiten entstanden sind, weil Maßnahmen getroffen wurden von der Betriebsleitung, die von den Brennern als nicht vereinbar mit dem Verhandlungsergebnis vor Wiederaufnahme der Arbeit angesehen werden. Vorläufig bleibt abzuwarten, ob es sich auf's Neue um eine ernstliche Bedrohung des Friedens handelt, oder nicht.

In Selb scheint es die Firma Heinrich & Co. zu sein, die die Stegespalme im Kampfe gegen die Arbeiter und deren Organisation den andern Unternehmern streitig machen will. Fortgesetzte Entlassungen und Neueinstellungen sind die äußeren Kennzeichen dieses Kampfes, der über lang oder kurz auch die Geduld der Arbeiterschaft dieses Betriebes erschöpfen kann. Auf jeden Fall müssen wir allen Kollegen, die Arbeit in Selb zu nehmen gedenken, zur Pflicht machen, die Firma Heinrich & Co. vorläufig links liegen zu lassen, so lange nicht die Gewähr gegeben ist, daß auch bei der Firma Heinrich & Co. jeder Arbeiter in Ruhe und Frieden seine Arbeit vollführen kann.

In Neuhaus bei Sonneberg, ist die Verständigung über die eingereichten Forderungen der Brenner zustande gekommen, und damit diese Sache erledigt.

In Unterweißbach, Firma Voigt, sowie in Volkstedt, Firma Rich. Edert & Co. A.-G. wollen unsere Mitglieder einige Forderungen einreichen, wovon vorläufig Kenntnis annehmen ist; über den Ausgang werden wir an dieser Stelle berichten.

In Schwab.-Smünd besteht eine Firma Deutsch & Co. Württembergische Metallporzellan-Fabrik, in welcher nur einige Maler beschäftigt werden, die mit den gezahlten Löhnen nicht zufrieden sein können. An die sachliche Leistungsfähigkeit des Malers werden dort hohe Ansprüche gestellt, zu denen der gezahlte Lohn in keinem Vergleich steht. Wer Arbeit in Schwab.-Smünd annehmen will, wende sich erst an die dortige Fabrikanten-Verwaltung, um Auskunft über die dortigen Verhältnisse zu erlangen.

Die Kollegen in Braunschweig, Malerei Bollmann & Brandes, klagen über allzugroßen Wechsel bei dem verhältnismäßig sehr kleinen Personal. Auch hier können wir den Kollegen, bzw. den Malern, nur empfehlen, vor Annahme von Arbeit erst Erkundigungen bei der Verwaltung einholen zu lassen.

In Tet. zu ist in der neuen Porzellanfabrik trotz wiederholter Verhandlungen eine Einigung nicht erfolgt. Die Arbeitsaufgabe erfolgt am Sonnabend, den 24. Mat. Zugang streng fernzuhalten.

Joh. Schneider, Verbandschriftführer.

Zur Generalversammlung

Unsere diesjährige Generalversammlung ist für die Geschicke unseres Verbandes die entscheidendste, vielleicht die letzte, und bei einer ev. Verschmelzung der drei in Frage kommenden Verbände zu einem Zentralverband stellt er nach 21 jährigem Bestehen als freier Verband seine Tätigkeit ein. In diesen zwei Jahrzehnten liegen für den Porzellanarbeiterverband Zeitepochen, die den älteren Verbandskollegen noch länger in Erinnerung sein werden und wollen wir wünschen, daß bei der in Aussicht stehenden Verschmelzung bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse für alle in Frage kommenden Kollegen geschaffen werden. Dieses ist bedingt durch eine gerüstete, schlagfertige Organisation, dann kann auch nicht mehr das vorkommen, was uns die letzte Aussperrung gezeigt hat.

Nun zum Statutenentwurf. Da muß zunächst gesagt werden, daß die Kommission ein gutes Stück Arbeit hinter sich hat. Aber mag sie auch noch so sorgfältig und gewissenhaft gearbeitet haben, es sind doch noch Lücken geblieben, die auszufüllen den Delegierten zur Generalversammlung obliegen wird.

Die Zusammenlegung der Beitragsarten für Verband und Zuschußklasse ist wohl zu erwägen, insbesondere die Zwangsversicherung in der Zuschußklasse nach dem Verdienst wird bei den älteren Mitgliedern, welche in anderen Hilfsklassen jahrelang versichert sind, zu Mißstimmungen führen. Die hiesige Zahlstelle hat ja unter Beitragsleistung entsprechende Anträge gestellt, worüber die übrigen Zahlstellen reichlich diskutieren mögen. Ueber die Karenzzeiten der verschiedenen Unterfügungsarten bin ich mit der Kommission geteilter Meinung. Dieselben sind nach Möglichkeit zu verkürzen, besonders bei Streiks und Aussperrungen.

Neben den im Entwurf vorgesehenen Gaukonferenzen wären auch Berufskonferenzen zweckdienlich.

Im weiteren vermissen ich im Statutenentwurf einen Verbandsausschuß. Bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedern und Vorstand kann nur eine derartige Instanz entscheidend sein, nicht aber der Vorstand selbst.

Zur Förderung einer auszubauenden Kampforganisation wäre noch die Erwerbslosenunterstützung zu diskutieren.

G. Siegling, Langewiesen.

Wie nicht anders zu erwarten war und überdies meines Erachtens auch richtig ist, hat die Veröffentlichung des Statutenentwurfs mehrere unserer Kollegen auf den Plan gerufen, um ihre Ansichten darüber in mehr oder minder leidenschaftlicher Form öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Andere werden dasselbe in den Versammlungen ebenfalls getan haben und ist aus den Veröffentlichungen bzw. Versammlungsberichten nicht herauszulesen, daß sich ernstliche Gegner der Verschmelzung unter unseren Kollegen befänden. Nur unser zukünftiges Statut, insbesondere die Paragraphen, welche die Unterstützungen betreffen, sind es, die die Mitglieder zum Teil „unsozial“, „undemokratisch“ usw. bezeichnen und diesen Mitgliedern Veranlassung geben, den Verbandsbeamten gelegentlich ob ihrer „undemokratischen“ und „unsozialen“ Gefühle eins auszuweisen. Ich will ausdrücklich betonen, daß es das unveränderliche, verbriefteste Recht eines jeden Gliedes innerhalb eines demokratischen Gemeinwesens sein und bleiben muß, Kritik zu üben an der Gesetzgebung und den sonstigen Einrichtungen dieses Gemeinwesens, um durch die Kritik zu erreichen, daß etwaige Hemmnisse auf dem Wege der freien Entfaltung eines demokratischen Gemeinwesens, wie ein solches eine Gewerkschaft darstellt, beseitigt werden. Dies kann aber nur erreicht werden, wenn die Kritik sich in Bahnen bewegt, die frei sind von Steinen des Anstoßes. Kurz gesagt: wenn die Kritik jeder persönliche Seite vermissen läßt und nur eine wirklich sachliche Kritik ist.

Wenn man sich nun den Statutenentwurf hernimmt und denselben vorurteilslos durchstudiert, so wird das Ergebnis dieses Studiums ohne Zweifel nur die Feststellung sein können, daß die Statutenberatungskommission nach Lage der Dinge ihre Aufgabe in einer Weise löste, die alle Beteiligten augenblicklich befriedigen könnte; denn daß die Verhältnisse innerhalb der drei Berufe und Organisationen, um die es sich in diesem Falle dreht, grundverschieden sind, obgleich sich die Interessen der beteiligten Arbeiter nahe berühren, liegt auf der Hand und es war daher sicherlich keine leichte Arbeit für die Kommission, ein Statut zu schaffen, in welchem

die Interessen der organisierten Arbeiter aller drei in Frage kommenden Berufsgruppen gewahrt werden sollen.

Ueber die einleitenden Bestimmungen ist wohl, außer in einem einzigen Falle, noch nichts gesagt worden. Es dürfte der Zukunft überlassen bleiben, zu bestimmen, ob die Bestimmungen infolge eingetretener veränderter Verhältnisse im Beruf die gleichen bleiben sollen oder nicht. Ich würde dies auch für die Bestimmungen bezüglich der Beiträge und der Unterstützungssätze und -dauern gelten lassen und erst abwarten, wie und ob sich diese Bestimmungen überhaupt bewähren; denn daß die geplante Verschmelzung den Beteiligten nicht den erhofften Erfolg sichert, wenn die Kollegen nicht auf die Schaffung eines Kampffonds ganz besonders bedacht sind, wird wohl jedem Einsichtigen klar sein und daß die Zahlung von hohen Unterstützungssätzen in langen Dauern nichts weiter bedeutet, als ein in vielen Fällen unnützes Beginnen, welches nicht geeignet und nicht dazu angetan ist, die Kollegen auf eine bessere wirtschaftliche Stufe hinaufzuheben. Dafür haben wir als Porzellanarbeiter seit Bestehen unseres Verbandes Beweise und Erfahrungen übergenug. Abgesehen von einzelnen einigermaßen auskömmlichen Verdiensten im Berufe, welche wohl mehr als Renommierverdienste bezeichnet werden können, sind die Löhne der Porzellanarbeiter durchweg schlecht zu nennen, die Arbeitszeit eine verhältnismäßig lange, die hygienischen Zustände überaus verbesserungsbedürftig und der Gesundheitszustand bei den Porzellanarbeitern ein außerordentlich bedenklicher, wie dies ja wohl einwandfrei durch hervorragende Statistiker auf dem Gebiete der Gewerbekygiene, wie Holtzsch, Dr. Bogner und Professor Dr. Sommerfeld festgestellt wurde. Auf der 3. Generalversammlung des Porzellanarbeiterverbandes in Rudolstadt im Jahre 1899 mußte der Kollege Wächter-Hüttensteinach berichten: „Die Löhne haben sich in letzter Zeit sehr verschlechtert. Maler und Dreher verdienen 15—17 M. pro Woche, Sortierer 1,60—2,— M. pro Tag Brenner 1,60 M. pro Schicht. Nachtarbeit wird ebenfalls nicht höher bezahlt.“ Ähnlich lauteten die Berichte der Genossen Holzhauer-Köppelsdorf, Horn-Kahla, Küffer-Frettenorla und sämtlicher Delegierten für Thüringen auf dieser Generalversammlung. Was damals für Thüringen zutraf, traf auch zum größten Teil auf die übrigen Teile Deutschlands, wo Porzellanfabriken existierten, zu und hat auch heute noch keine wesentliche Änderung erfahren außer der Bestimmung in der Gewerbeordnung, wonach es untersagt ist, daß Frauen länger als 10 resp. 8 Stunden (§ 137 der G.-O.) beschäftigt werden dürfen, während für die männlichen Arbeiter immer noch die unbeschränkte Arbeitszeit besteht und es sind mir gelegentlich meiner Agitation im Thüringer Walde Fälle bekannt geworden, daß Arbeiter morgens aus ihrem Heimatsort fort und in einem Nachbardorf in die Porzellanfabrik gingen, dort den Ofen füllten und denselben dann mit fertig brannten, sodaß eine ununterbrochene Arbeitszeit von 36 Stunden zu verzeichnen war. Daß solche menschenunwürdigen Zustände durch Zahlung möglichst hoher Unterstützungen von langer Dauer seitens unserer Organisation beseitigt werden könnten, werden die Mitglieder im Ernste wohl selbst nicht glauben. Versuche unserer Mitglieder, ihre wirtschaftliche Basis zu befestigen, scheiterten in ihrer großen Mehrzahl mit an der Tatsache, daß etwaige vorhandene Mittel durch Unterstützung bei Arbeitslosigkeit aufgebraucht waren.

Seit der Generalversammlung im Jahre 1905, auf welcher die Verhandlungen über die Reform unserer Beitragsleistungen und Unterstützungseinrichtungen einen breiteren Raum einnahmen, kann nicht behauptet werden, daß unser Verband Mittel angeammelt hätte, welche es ermöglichen, einen Lohnkampf in Angriff- oder Abwehrstellung erfolgreich zu Ende zu führen. Im Jahre 1905 zählte der Verband 11 149 Mitglieder. Statutarische und freiwillige Beiträge, sowie Organbeiträge machten die Summe von 197 811,91 M. aus. Für Unterstützungen aller Art wurden 182 665,97 M. verausgabt und schloß das Berichtsjahr mit einem Kassenbestande von 60 105,30 M. und einem Gesamtvermögen von 110 089,32 M. ab. Es haben uns während dieser Zeit noch zwei Generalversammlungen (1908 und 1911) stattgefunden, welche sich ebenfalls mit der Regelung der Beiträge und der Unterstützungseinrichtungen befaßten. Der Kassenbericht des Verbandes für das Jahr 1909, in welchem sich die Wirkungen der Beschlüsse der Generalversammlung von 1908 widerspiegeln, gibt eine Mitgliederzahl von 10 515 an. An Beiträgen etc. wurden vereinnahmt 333 150,33 M. oder pro Kopf der Mitglieder 31,10 M., während im Jahre 1905 pro Mitglied und Jahr mit 17,63 M. an der Einnahme beteiligt war. Die Ausgaben für Unterstützung aller Art betrugen im Jahre 1909

162 542,90 M. und machten im Durchschnitt auf das Mitglied 15,40 M., während im Jahre 1905 auf das Mitglied pro Jahr 11,66 M. entfielen. Der Kassenbestand am Schluß des Jahres 1909 betrug 86 990,60 M. und das Gesamtvermögen 176 888,39 M. Es ist noch zu erwähnen, daß im Jahre 1909 die Geschäftskonjunktur wieder in die Höhe ging, nachdem eine ziemlich fühlbare Krise in den Jahren 1907 und 1908 auf dem Porzellanmarkte gewütet hatte und der Verband infolgedessen in den beiden genannten Jahren finanziell mehr in Anspruch genommen war als im Jahre 1908. Durch Beschluß der Generalversammlung von 1908 sollten der Verbandstasse mehr Mittel zufließen. Es ist dies aber nicht in dem wünschenswerten Maße geschehen, wie dies von den Delegierten damals erhofft wurde. Das Jahr 1911 verzeichnet einen Mitgliederbestand von 16 743. An Einnahmen waren im Berichtsjahr für Verbands- und Zuschußklasse, Eintrittsgelder, Streikmarken und freiwillige Beiträge insgesamt 475 928,97 M. zu verzeichnen.

Ausgegeben wurden für Unterstützungen 256 978,15 M. Die Einnahme betrug pro Mitglied und Jahr im Durchschnitt 29,54 M. und die Ausgabe für Unterstützungen im Durchschnitt 16,38 M. Am Schluß des Berichtsjahres war ein Bestand von 100 455,71 M. vorhanden. Das Gesamtvermögen des Verbandes belief sich auf 404 153,50 M.

Also unter großen Mühen und unter Beobachtung aller erdenklichen Sparsamkeitsmaßnahmen haben wir es nach fortwährendem Reformieren der Unterstützungseinrichtungen und fortwährenden „Sanierungen“ der Kassenverhältnisse zu der in Ansehung ihres Zweckes kaum nennenswerten Summe von rund 404 000 M. gebracht. Daß die verfloßene Aussperrung ein ziemliches Loch in unsern Beutel gerissen hat, brauche ich den Mitgliedern nicht erst auseinanderzusetzen. Es ist selbstverständlich, daß die in Frage kommenden Vorstände bei der Beratung der Statuten für den zukünftigen Verband die bisherigen Erfahrungen verwenden mußten und verwandt haben, und es bleibt für die Mitglieder nur noch übrig, die Konsequenzen aus dem oben Angeführten zu ziehen. Nicht eine Verschmelzung auf der Basis der Unterstützungen als Hauptzweck, sondern vielmehr einen Zusammenschluß der drei Verbände zum Zwecke der nachdrücklicheren und nachdrücklichsten Interessenvertretung der Berufskollegen der drei Berufsgruppen. Daß in dieser Beziehung viel zu tun notwendig ist, ist schon des öfteren dargetan worden; die Lohnstatistik unseres Verbandsvorstandes vom Jahre 1906 gibt über die Lohnverhältnisse in unserem Berufe, wie ich solche im Eingang meiner Ausführungen schilderte, beredtes Zeugnis. In den beiden anderen Berufsgruppen liegen die Verhältnisse ähnlich. Daß uns allen im Interesse unserer Kinder und unserer selbst die heiligste Pflicht erwächst, durch gemeinsamen Kampf zu erringen, was uns Egoismus und Profitgier vorenthält, daran will ich die Kollegen somit erinnern haben.

Daß alle zum Statutenentwurf gestellten Abänderungs- bezw. Ergänzungsanträge auf der Generalversammlung Berücksichtigung finden können, erscheint mir zweifelhaft, wenn anders nicht der angestrebte Zweck der Verschmelzung ein verfehlter sein soll, oder aber die Mitglieder müßten entsprechend hohe Beiträge zahlen, was mir aber nach den bisherigen Erfahrungen in dieser Beziehung als ausgeschlossen erscheint. Die Mitglieder haben ja, wie aus den Berichten hervorgeht, richtig erkannt, daß die Zeiten außerordentlich schlechte sind. Tatsache ist aber auch, daß unsere Kollegen die Neuanwendung dieser Erkenntnis an verkehrter Stelle vornehmen.

Die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung werden infolge des sich immer mehr verschärfenden wilden Konkurrenzkampfes, welcher im Zeichen des Kapitalismus sich abspielt und infolge der den kapitalistischen Interessen angepassten Steuergesetzgebung immer schwieriger. Die Konkurrenz kalkuliert die Verkaufspreise der Waren und Produkte auf Kosten der Arbeitslöhne, während alle Steuern auf die Schultern der breiten Masse des Volkes abgewälzt werden und so mit das ohnehin lärgliche Einkommen der Arbeiterschaft um ein beträchtliches verringert wird. In diesem ungleichen Kampfe steht man das Kapital auf der einen Seite immer mehr sich in den Händen Weniger konzentrieren, während auf der anderen Seite das Volk immer mehr proletarisiert wird und sich infolgedessen die ohnehin große Reservearmee der Arbeit immer mehr vergrößert.

Weiter sieht man, wie sich die Unternehmer aller Berufszweige ihre Machtpositionen durch immer festeren Zusammenschluß stärken, um so die kapitalistischen Zustände gegenüber der aufstrebenden Arbeiterschaft erfolgreich verteidigen zu können.

Am 1. April ist der Zusammenschluß der beiden Arbeitgeberverbände, der „Hauptstelle“ und des „Bereins“ Deutscher Arbeitgeberverbände erfolgt. Beide lagen sich vorher immer in den Haaren. Aber gemeinsamer Haß gegen die organisierte Arbeiterschaft hat diese Untugend verstummen gemacht und die beiden sich gegenseitig in die Arme getrieben. Der „Arbeitgeberverband Deutscher Glasfabriken“ hat in seiner im März d. J. abgehaltenen Generalversammlung beschlossen, die Beiträge von 50 Pf. auf 1 Mt. pro 1000 Mt. deklarierter Lohnsumme zu erhöhen, den Mindestbeitrag pro Mitglied und Jahr auf 100 Mt. festzusetzen und sonstige Vergünstigungen gegenüber den Einzelmitgliedern usw. bezüglich der Beitragsleistung in Weisfall kommen zu lassen.

Andere „Unternehmensverbände“ werden diesem Beispiel, soweit dies nicht schon vorher geschehen, folgen. Wo es aber aus irgend einem Grunde nicht geschieht, werden die „Arbeitgeberverbände“ immer, wenn es gegen die Arbeiter geht, wenn auch getrennt marschieren, so doch vereint schlagen. Beweis: Vorjährige Aussperrung in unserer Industrie. Sollten unsere Kollegen im Verbandsverband wider Erwarten, falls die Generalversammlung nicht allen ihren Wünschen bezüglich der Unterstützungseinrichtungen Rechnung trägt, die Verschmelzung ablehnen, weil sie dann kein Interesse mehr daran zu haben glauben, so wird mit einer Ablehnung meines Erachtens die Verschmelzungsfrage nicht begraben sein; vielmehr wird die Entwicklung uns zwingen und zwar früher, als wir es ahnen, uns erneut mit der Frage des engeren Zusammenschlusses zu befassen, und wird es sich dann zeigen, daß wir in der Zwischenzeit viel verloren haben. Die technische Entwicklung schreitet mit Riesenschritten voran, morgen alles über den Haufen werfend, was heut noch tauglich war. Immer mehr werden die sogenannten gelernten Arbeitskräfte überflüssig und verschwinden die Unterschiede zwischen „gelernter“ und „ungelernter“ Arbeiterschaft dann von selbst. Der Unternehmer wird die Errungenschaften der Technik für sich ausnutzen und der Arbeiter zu immer größerer Arbeitsleistung an der Maschine angetrieben werden, während der Stücklohn immer mehr zurückgeht.

Wenn unsere Mitglieder bei der Beratung des Statutenentwurfs alle diese Momente berücksichtigen, so werden sie sicherlich auch zu den von mir gezogenen Schlüssen kommen.

Sie werden ihre Delegierten nach Leipzig senden und vertrauensvoll die Wahrnehmung der Verbandsinteressen gleichbedeutend mit den Interessen unserer Mitglieder, ja selbst mit denen der ganzen Berufsangehörigen, in die Hände derselben legen. Die Sendboten aber werden nach Leipzig gehen im Vollbewußtsein der ihnen übertragenen Verantwortung und sie werden die ihnen übertragene Aufgabe, deren Lösung eine schwierige ist, um so leichter lösen, je mehr sie sich den Geist befreit haben von irgend welchen vorhandenen Schladen. Die Tagung von Leipzig wird dann mit ehernen Lettern verzeichnet stehen in der Geschichte des Verbandes, dessen Bestehen dann einen würdigen Abschluß gefunden hätte.

Nicht stehen bleiben bei dem Errungenen, sondern vorwärts marschieren, den Blick in die Zukunft gerichtet, alles hindernde hinter sich lassen, muß die Marschrouten lauten für jeden die Situation richtig erfassenden, modernen Arbeiter.

Gustav Meinhardt, Kahla.

Endlich, nach verschiedenen Jahren der Diskussion liegt der Statutenentwurf, welcher die Grundlage der Verschmelzung bilden soll, den Mitgliedern zur Beratung und Beschlussfassung vor. Daß man darauf das Sprichwort anwenden kann: „Was lange währt, wird gut“, dürfte auch der entragteste Vertreter der Verschmelzungsidee nicht zu behaupten wagen. Seit Jahren hatten die Delegierten zu jeder Generalversammlung die sicher nicht angenehme Aufgabe, die Beiträge zu erhöhen und gleichzeitig die Unterstützungssätze und -dauer zu beschneiden, weil eben die Mittel fehlten, größere Kämpfe zu führen.

Sod auch vor 2 Jahren. Daß wir nun aber der Verschmelzung zur Liebe noch weiter mit den Unterstützungen heruntergehen müssen, haben unsere Vorstandsmitglieder gar nicht als notwendig befunden, den Mitgliedern zu beweisen. „Vogel friß oder stirb.“ Da wollen wir doch mal unterzuchen, ob die Beschlüsse unserer letzten Generalversammlung imstande sind, die Mittel auch für größere Kämpfe anzuhäufeln. Wäre es wahr, daß kein Geld für Kampfzwecke übrig bleibt, dann hätten wir auf keinen Fall die vorjährige Aussperrung von zirka 50% der Mitglieder überdauern können.

Die Sammlung der Generalkommission ist nicht gerade reichlich ausgefallen. Sollte da das Gefasel mancher Kollegen

und unserer Beamten, daß wir nur ein Unterstützverein sind, mitschuldig sein? Ich wenigstens nehme es an.

Noch nicht mal 100 000 Mt. hatten die 2 1/4 Millionen frei gewerkschaftlich organisierter Arbeiter für uns übrig. (5 Pfg. pro Mann.) Unsere Mittel waren durch diesen Kampf aufgebraucht, aber heute nach einem Jahre, das auch nicht frei von Kämpfen war, ist dasselbe Vermögen wie bei Beginn der Aussperrung wieder angesammelt. Das dürfte ein vollgiltiger Beweis sein für die Leistungsfähigkeit unserer Organisation. Sind denn nun aber die im Entwurf vorgeschlagenen Unterstützungssätze und -dauern imstande, der Organisation größere Mittel für Kampfzwecke zu schaffen? Ich verneine das. Das Versuchskarnittel ist auch hier wieder die Arbeitslosenunterstützung. Da glaubt man immer wieder kürzen zu müssen. Als ob die Arbeitslosen nicht eben so gut leben wollten, wie die Kranken und Streitenden. Soll denn der Arbeitslose durch die Unterstützung nicht auch davor bewahrt werden, sich um jeden Preis anbieten zu müssen, oder gar, denn Hunger tut weh, zum Verräter zu werden? Dann haben die Säpfer des Statutenentwurfs angenommen, daß sich die Porzelliner von ihren fürstlichen Löhnen soviel ersparen, daß sie die erste Woche der Arbeitslosigkeit in Hülle und Fülle leben könnten. Um dies Unglück zu verhindern, gibt es eben die erste Woche nichts.

Die Beseitigung aller Karrenztage ist notwendig. Mit solchen Brocken, wie die Erhöhung der Differenzunterstützung sollen sich die Mitglieder mit einer weiteren Beschneidung der Arbeitslosenunterstützung beschwichtigen lassen. Der finanzielle Effekt wird gleich null sein, damit wird man keinen kleinen, geschweige einen größeren Kampf führen.

Nun zur Zuschußklasse. Das Wichtigste ist hier zunächst die Beseitigung der freien Wahl der Stufen. Dann durfte man aber auf keinen Fall die Bezugsdauer wieder verkürzen. Viele Mitglieder sind jetzt gezwungen, in eine höhere Beitragsstufe zu gehen. Man sind aber ein großer Teil anderwärts ausreichend gegen Krankheit versichert und zwar in Hilfsklassen, die bedeutend mehr gewähren, als unsere Zuschußklasse. In welche Lage bringt man diese Kollegen? Sollen sie bessere Rechte aufgeben zu Gunsten der verpfuschten Zuschußklasse? Man soll die Sätze und Bezugsdauer gerade der Zuschußklasse auf keinen Fall irgendwie verschlechtern. Auf der einen Seite nimmt man und auf der anderen schmeißt man hin, und das Ganze nennt man Reform. Die Mitglieder, die bisher 55, 70 und 80 oder 90 Pf. zahlten, denen glaubt man, die Krankengeldsätze erhöhen zu müssen. Die bisher 10, 20 oder 30 Pfg. in die Zuschußklasse zahlten, sollen statt 2,50 Mt., 5 Mt., 7,50 Mt., jetzt erhalten 5,50 Mt., 7 Mt. und 8,50 Mt. Ist das gerecht? Neu eingeführt ist die Sterbeunterstützung für die Ehefrauen der Mitglieder. Das bedeutet jedenfalls auch eine Belastung der Kasse, so notwendig es auch Jeder brauchen kann, dem dies Unglück passiert.

Jedenfalls auf Drängen der Töpfer und Glasarbeiter sollen wir in Zukunft auch ein bisschen Selbstverwaltung kosten, aber ja nicht zu viel, denn wir sind noch nicht reif dazu. In diesem Punkt glaubt unser Hauptvorstand die Mitglieder seiner väterlichen Gewalt und Aufsicht noch sehr bedürftig. Die Institution der Beschwerdekommision und des Verbandsausschusses bei den Glasarbeitern hat man jedenfalls als Kompensation verschwinden lassen.

Alle sonstigen Änderungen sind mehr formaler Natur und wird sich da leicht eine Einigung der widerstrebenden Elemente erreichen lassen.

Sollte die Zusammenlegung der Beiträge erfolgen, dann darf es auch keine sechs Klassen mehr geben. Mit vier Klassen, 25, 50, 75 und 100 Pfg., kann der neue Verband ganz gut auskommen.

Wir wollen hoffen, daß sich eine Verständigung auf einer für uns annehmbaren Grundlage erzielen läßt, damit unser Streben, mittels der gekräftigten Organisation, die Lebenslage der Keramarbeiter zu heben, von Erfolg gekrönt wird.

H. Böhner, Rudolstadt.



Frankfurt a. M.-Offenbach. Bei der Firma Goldmann & Co., Celluloidwarenfabrik in Offenbach a. M. drohen für die Maler ernste Differenzen auszubrechen. Schlechter Lohn, schlechte Arbeitsverhältnisse und noch schlechtere Behandlung seitens des Chefs, sowie des Vorarbeiters Merkel stehen auf der Tagesordnung. Da die Firma Maler suchen wird, wollen alle Kollegen hiervon Notiz nehmen.

Geithain. Durch Handzettel wurden die Arbeiter des Emailierwerkes Gräßler & Schmidt, zu einer Besprechung im Restaurant „Gambrius“ eingeladen.

Jrgend ein Zuträger hatte nun nichts eiligeres zu tun, als der Firma einen dieser Zettel zu überbringen, um diese mobil zu machen, worin er sich auch nicht täuschte; denn alsbald erschien am schwarzen Brett ein Anschlag, der Folgendes enthielt: „Allen, die sich bei uns nicht wohl fühlen, oder der Meinung sind, wo anders mehr verdienen zu können, empfehlen wir, in die heutige Versammlung zu gehen. Denjenigen aber, die zu uns weiter Vertrauen haben und mit uns weiter arbeiten wollen, raten wir, die Versammlung nicht zu besuchen. Gräßler & Schmidt.“

Nun, da die Arbeiter ihre Arbeitsstelle nicht riskieren wollten, deuteten sie den Rat richtig und blieben leider der Versammlung fern, obwohl es sehr beschämend für die Arbeiter ist, sich derartiges noch bieten zu lassen. Es fehlt eben diesen Arbeitern noch jedes Verständnis für den Wert einer Organisation, obgleich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im allgemeinen nicht allzurosig sind, daß eine Verbesserung nicht mehr not tut. Abgesehen von der Behandlung, die den Arbeitern zuteil wird und die schon mehrmals einer Kritik in der „Volkszeitung für das Muldental“ unterzogen werden mußte. Anstatt sich einer Organisation anzuschließen, wird immer noch versucht, durch Liebedienerei und Zuträgerei sich die Gunsten der einzelnen Herren zu erobern. Was Umgang und Behandlung seiner Unterstellten anbelangt, zeichnete sich der Emailiermeister, ein Herr Herrschelmann besonders aus, indem er stets besorgt ist, daß die Arbeiter „zuviel“ verdienen, während sein Einkommen, Gehalt und Prozente ihm nie zu hoch erscheinen, so daß er bereits ein vermöglicher Mann geworden ist. Erst vor Ötern verließen eine Anzahl Arbeiterinnen aus solchen Gründen diesen „Musterbetrieb“, wie hier immer gern gesagt wird. Diejenigen Arbeiter, die zur Einsicht mahnen und vielleicht gar zum Beitritt einer Organisation auffordern, müssen fürchten, hinausgeworfen zu werden. Es wird im Gegenteil alles getan, sich Fabrikant und Meister gefügig zu erweisen, ohne jedwedes Klassenbewußtsein. Der Gewerksverein der Hirsch-Dürscherschen am Orte, der sich noch immer freiwillig in den Dienst der Unternehmer stellte, ob er etwas dagegen unternehmen wird? Uns fehlt der Glaube hierzu. Nebenbei bemerkt, ist Herr Schmidt auch Vorsitzender des nationalen Jugendausschusses, dessen Veranstaltungen man nachher auch besucht. Geringe Arbeitsgelegenheit am Orte, eine Spareinrichtung, usw., das alles bewirkt, die Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern und an den Betrieb zu fesseln. Die bange Sorge, daß auch ihre Arbeiter sich schließlich einmal aufrufen und zur Erkenntnis ihrer Klassenlage kommen könnten, wodurch sie eine Schwärzung ihres Profits fürchten, hat diese Firma jedenfalls zu dieser Maßregel gedrängt. Wann werden die Arbeiter hier endlich einsehen, daß nur eine starke Organisation diesem Terrorismus und dieser Einschüchterung, seitens des Unternehmers, kräftig entgegenwirken kann. Hier kann nur eins von Nutzen sein: „Hinein in die freigewerkschaftlichen Organisationen, die wirklich den Kampf um Menschenwürde und Rechte aufnehmen.“

Cettau. Von einem Kollegen wird uns geschrieben: Wie schwer die Agitation in unserer Gegend mit vorwiegend katholischer Bevölkerung zu machen ist, will ich kurz anführen. Mein Agitationsfeld war Buchbach, wohin ich mit einem Schauerberger Kollegen ging. Als wir Buchbach vor uns sahen, sahen wir, daß der ganze Ort besaagt war. Ich dachte, da wir am Sonntag nach dem 1. Mai hin gingen, die dortige Arbeiterschaft feierte den Arbeiterfeiertag. Aber weit gefehlt. Die Einwohner von Buchbach hatten Befründe, aber nicht im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern diese dauerte von früh Morgens 6 Uhr bis abends 7 Uhr mit darauf folgendem Umgang. Wenn man bedenkt, daß die Arbeiter Buchbachs einen einständigen Weg bis zur Arbeitsstelle haben, zu einer Arbeitsstelle, auf der sie horrendes Gehalt verdienen, braucht man sich über derartige Veranstaltungen nicht zu wundern. Zahlt doch die Fabrik den Brennern bei den jetzigen Lebensmittelpreisen 27 Pfg. Stundenlohn. Billige Arbeitskräfte! Das ist das Lösungswort des Unternehmertums. Und die Herren Besaagten sind eifrig bemüht, ihr Teil dazu beizutragen, daß die Ware Arbeitskraft möglichst niedrig im Preise bleibt, trotz der wachsenden Preissteigerung anderer zum Leben notwendiger Waren. Auch hatte ich Gelegenheit, zu erfahren, daß sich sogar ein Kommerzienrat in eigener Person bemühte, Arbeitskräfte da zu holen, wo sie billig sind, weil die Organisation dort noch keinen festen Fuß gefaßt, und die Kirche noch die Herrschaft über die Lohnsklaven hat. Bei

dieser Gelegenheit erklärte ein Beamter der Porzellanfabrik Lichte A.-G. auf eine Anfrage, daß die Firma männliche Glühbodenarbeiter nicht gebrauchen könne, weil die zu teuer sind. Zu erwähnen ist noch, daß der Herr Kommerzienrat bei seiner Arbeitersuche einen Reklameartikel mitführte, ein Badelind, 4 teilig, Größe 10 bis 15 Zentimeter, wofür er für das Stück 3 Pfg. Arbeitslohn bot. Ob er noch mehrere solcher Artikel bei sich hatte, konnte ich nicht erfahren. Hoffentlich kommen die Arbeiter und Arbeiterinnen Buchbachs und Umgegend bald zur Einsicht und schließen sich in ihrem eigenen Interesse dem Porzellanarbeiterverbande an.

Uersammlungs-Berichte etc.

19. Agitationsbezirk. Vorort Schramberg. Am Sonntag den 4. Mai fand eine Konferenz in Hornberg statt, die von den Zahlstellen Schorndorf, Offenburg, Zell, Hornberg und Schramberg besucht war. Entschuldigt fehlten Karlsruhe und Weingarten, unentschuldig fehlt St. Georgen. Der Bezirksvorsitzende, Genosse Bauer-Schramberg eröffnete um 10 $\frac{1}{2}$ Uhr die Konferenz und begrüßte die Delegierten und sonstigen Kollegen zu ernster Arbeit. Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde Spörrli-Zell und zum Schriftführer Korbberg-Hornberg bestimmt. Als Hauptpunkt auf der Tagesordnung steht: Unser Statutenentwurf und Anträge zur Generalversammlung. Die Konferenz ist für die Zusammenlegung der Beiträge von Verband und Zuschußklasse nicht. Auch in den Unterstützungsfragen, die wiederum reduziert werden, erblickt die Konferenz in Höhe und Karenzzeit zu harte Bestimmungen und warte nach Annahme dieses Statutenentwurfs für uns Porzelliner die Verschmelzung zu teuer erkaufte; ganz besonders aber wurde kritisiert, daß bei der Zuschußklasse die Dauer von 18 auf 15 Wochen heruntergesetzt wird. Was würden denn auch unsere Statutenentwerfer sagen, wenn andere Zuschußklassen solche Paragrafen bringen würden. Während andere Klassen 26 Wochen, ja ev. 52 Wochen Zuschuß bezahlen und dabei florieren, sollen sich die Keramikarbeiter mit 15 Wochen abspießen lassen. Dieses ist höchst unsozial, und ebenfalls, daß während des Bezuges von Unterstützung noch Beiträge bezahlt werden sollen. Auch verlangt die Konferenz Abschaffung der Karenzzeit bei Streiks und Maßregelung. Auch der § 18 Abs. 17 wäre ein Mißgriff sondergleichen, denn was könnten da für Mißstimmungen in einzelnen Zahlstellen heraufbeschworen werden, wenn der Kassierer seinen Abschluß ev. einige Tage nachher erst einbringen kann. Da im neuen Statut von einer Beschwerdekommision nichts erwähnt ist, stellt die Konferenz den Antrag, den § 37 unseres Statuts ins neue Statut zu übernehmen, da sich doch eine solche Instanz bei uns bewährt hat. Im ganzen werden 14 bis 18 Anträge gestellt und soll der Delegierte nach Möglichkeit dafür eintreten. Unter verschiedenen sprach ein Genosse von Hornberg den Wunsch aus, daß in Hornberg in die Agitation eingetreten werden soll, und wurde Bezirksvorsitzender Genosse Bauer-Schramberg als Referent für eine öffentliche Versammlung bestimmt. Des weiteren wurden vom Bezirksvorsitzenden einige interne Bezirksangelegenheiten und Beschlüsse der letzten Konferenz erörtert und hierauf um 1 $\frac{1}{5}$ Uhr nachm. die Konferenz mit dem Wunsche geschlossen, die Generalversammlung möge die härtesten Bestimmungen ausschalten, aber stets im Sinne einer Verschmelzung wirken.

Gera. In der am 3. Mai in Einz stattgefundenen kombinierten Versammlung, an der sich die Mitglieder der Töpfer, Zahlstelle Gera und unsere Mitglieder der Zahlstellen Langenberg, Roschütz und Untermaus beteiligten, wurde zum Statutenentwurf Stellung genommen. Nach einer sachlichen Diskussion wurden folgende Abänderungsanträge angenommen. In § 5 Ziffer 7 zu streichen. In § 6 Ziffer 1, die Worte „welche keine Unterstützung beziehen“ zu streichen. In Ziffer 2 soll es heißen anstatt 8 Tage, 14 Tage. In § 9, soll Ziffer 3 gestrichen werden, sowie in Ziffer 4 die Worte: Für die Ofenseher zc. Begründung: Bei gleichen Pflichten, verlangt man auch gleiche Rechte. In Ziffer 5 soll die Arbeitslosenunterstützung vom 4. Tage an beginnen. Die Worte für Ofenseher zc. sollen gestrichen werden. Nur die Worte: Bei völligem Feiern zc. sollen stehen bleiben. In Ziffer 6 sollte es anstatt 52, 26 Wochen heißen. Bei Uebertritt in die niedere Beitragsklasse sollte die niedere Unterstützung auch nicht sofort eintreten. In Ziffer 16 können die Worte „laufende Beiträge“ zc. gestrichen werden. In § 10 Ziffer 1 soll es heißen, wer länger als 6 Tage krank ist, wird vom 1. Tage an unterstützt. Ziffer 2 soll gestrichen werden. Dafür sind die im § 23 unseres jetzigen Statuts bestehenden Beitragsätze einzufügen. Ziffer 8 soll gestrichen werden, weil doch in erster Linie vom Arzt die Genehmigung einzuholen ist.

Ziffer 9 soll ebenfalls gestrichen werden, weil dadurch das Denunziantentum groß gezogen wird. In § 14 Ziffer 16 soll die Unterstützung einheitlicher gestaltet werden. Bei Ziffer 18 soll die Unterstützung vom 1. Werktag an eintreten. In Ziffer 20 soll die Unterstützung weiter gewährt werden. In § 18 ist Ziffer 19 zu streichen. Dieses soll Sache der Verwaltungen bleiben. In Ziffer 14 soll es anstatt 12 Prozent, 20 Prozent heißen. Ferner wurde eine Beschwerdekommision oder dergleichen gewünscht. Im Allgemeinen stellte man sich der Verschmelzung sympatisch gegenüber. Zum Schluß wurde noch auf den gemeinsamen Ausflug am 8. Juni, nach Hermsdorf, durchs Mühlthal bis Eisenberg, aufmerksam gemacht und gewünscht, daß sich alle Kollegen und Kolleginnen der 4 Zahlstellen, sowie auch Unorganisierte daran beteiligen.

Potschappel. In unseren letzten Versammlungen war schon lebhaft über die Verschmelzungsfrage diskutiert worden. Um nun eine Verständigung zu erzielen, hatte unsere Verwaltung eine kombinierte Versammlung mit den Glasarbeitern am 5. Mai einberufen. Als Kernpunkt dieses Statuts werden in unseren Reihen die Unterstützungen, hauptsächlich die Beschneidung der Zuschußklasse angesehen. Nachdem wir erklärt, daß das Statut in dieser Form für eine Verschmelzung nur hinderlich und wir die Zuschußklasse getrennt vom Verband haben wollen, wurde uns von seiten der Glasarbeiter volles Einverständnis

gestärkt. Denn infolge jahrelanger Mitgliedschaft und Steuern in der Zuschußkasse fühlen sich unsere Mitglieder durch eine Beschneidung derselben hart benachteiligt, während wieder die Glasarbeiter, welche zum großen Teil in der Meißener Kasse versichert sind, den geplanten Ausbau der Zuschußkasse begreiflicher Weise zu hoch finden. Um nun beiden gerecht zu werden, beantragen wir, daß die Kasse getrennt vom Verband läuft, daß sich jeder obligatorisch bei freier Klassenwahl versichern kann. Gleichzeitig haben wir, um dem Verband die nötigen Kampfmittel zuzuführen, eine Erhöhung von 10 Pfg. in allen Klassen vorgesehn. Eine Kommission, je 2 Mann von den Porzellanern und Glasarbeitern, wurde mit den Ausarbeitungen der Anträge betraut. In der nun am 8. Mai stattgefundenen außerordentlichen Zahlstellenversammlung, welche als Hauptpunkt den Statutenentwurf zur Debatte hatte, war eine beträchtliche Zahl Mitglieder erschienen, desgleichen war ein Vertrauensmann der Glasarbeiter zugegen. Die Kommission erstattete Bericht über die formulierten Anträge. Mit allen Anträgen, nachdem auch der Vertrauensmann der Glasarbeiter den formulierten Entwurf zur Annahme empfohlen, erklärten sich die Mitglieder vollständig einverstanden, ganz besonders damit, daß die Beschwerdekommision beizubehalten ist. Wir möchten alle Kollegen auf den Abdruck unserer Anträge in der Ameise hinweisen. Zum Schluß wurde Kollege Lehmann einstimmig als Delegierter aufgestellt.

Stadtlengsfeld. Die am 8. Mai stattgefundenen Zahlstellenversammlung war gegen die früheren gut besucht. Der Versammlungsbesuch mühte aber in Anbetracht der hiesigen Verhältnisse noch viel besser sein. Die meisten Mitglieder erscheinen nur dann, wenn sie eine Beschwerde haben, dann wissen diese Mitglieder, daß ihnen nur durch die Zahlstelle geholfen werden kann. Es sind nur wenige und immer dieselben, die zu jeder Versammlung erscheinen. Kollegen schüttelt endlich die Interesselosigkeit ab und erscheint nicht nur, wenn ihr eine Beschwerde habt, die nur Euch persönlich angeht. Auch andere Mitglieder haben Beschwerden, wo ihr mit raten und helfen könnt und müßt. Im zweiten Punkt gab der Kassierer den Quartalabschluss bekannt. Die Revisoren erklärten, daß die Kasse stets in tadelloser Ordnung war, auch bei unverhofften Revisionen. Sodann wurden die Mitglieder, welche mehr als 15 Wochen restieren, verlesen und dies sind leider sehr viele. Es wurde beschlossen, den Restanten noch ein Vierteljahr Zeit zu lassen, und folgender Antrag angenommen: Mitglieder, welche zum Abschluß des zweiten Quartals über 15 Wochen restieren, werden gestrichen. Den Restanten ist also Zeit genug gelassen, ihren Pflichten nachzukommen, und es wäre sehr erfreulich, wenn keiner gestrichen würde. Zum dritten Punkt stellte die Zahlstelle den Kollegen Erich Gottschlich als Kandidat zur Delegiertenwahl auf. Da die hiesige Zahlstelle mit 101 männlichen Mitgliedern die zweitgrößte der Gruppe 24 ist und der Kandidat ein Kollege ist, der das Wohl seiner Kollegen im Auge hat, ersuchen wir die Zahlstellen der Gruppe 24 ihre Stimmen auf den Kollegen Gottschlich zu vereinigen. Zum Statutenentwurf, welcher zum zweitenmal auf der Tagesordnung stand, kam nichts besonderes zur Sprache. Unter Punkt Verschiedenes wurde folgender Antrag angenommen. Die in den verschiedenen Abteilungen gewählten Preiskommissionen, sollen bei der Direktion schriftlich eingereicht werden. Ferner wurde beschlossen, die Zahlstellenversammlungen sollen am letzten Sonnabend im Monat stattfinden, um der hier noch jungen Organisation der Bergarbeiter einen günstigen Tag zur Versammlung zu verschaffen. Dem Kollegen Johann Muth, Staffel a. d. Bahn, wurden 10 Mark aus dem 12%-Fonds bewilligt.

Großbreitenbach. Die Zahlstellenversammlung am 5. Mai beschäftigte sich mit folgenden Punkten: 1. Statutenentwurf. Nachdem der Vorsitzende die Anträge, die zur Generalversammlung gestellt werden sollen, verlesen hatte, fand noch eine kurze sachliche Diskussion statt. Es steht fest, daß wir durch die Verschmelzung wesentliche Verbesserungen zu verzeichnen haben werden. 2. Für die Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung nach Leipzig wurde Kollege Büttner aufgestellt. Da wir jedoch mit noch drei anderen Zahlstellen einen Delegierten stellen, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, daß er in der nächsten Versammlung sein Wahlrecht ausübt, wenn die von uns gestellten Anträge auch vertreten werden sollen. 3. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 1. Quartal bekannt. Der Antrag: Wahl eines Kassierers wurde zur nächsten Versammlung vertagt. Punkt 4 und 5 betrafen Vorstands- und Kartellberichte, die der Vorsitzende gab. Ferner soll ein Sommerfest für die gesamte organisierte Arbeiterschaft abgehalten werden. Die Verwaltung wird die Vorarbeiten treffen und in der nächsten Zahlstellen-Versammlung bekannt geben.

Hernsdorf. Die Zahlstellenversammlung vom 8. Mai befaßte sich eingehend mit dem der Verschmelzung zugrunde liegenden Statutenentwurf. Die Versammlung ist mit dem § 5 Abs. 7 nicht einverstanden, sondern wünscht, daß dieser gestrichen werden soll. Mit § 9, Abs. 5 kann sich die Versammlung ebenfalls nicht einverstanden erklären, wünscht vielmehr, daß die Arbeitslosenunterstützung vom 4. Werktag an bezahlt wird. Auch kann sich die Zahlstelle für die Beschneidung der Rechte der Mitglieder bei § 10, Abs. 2 nicht erwärmen. Die Versammlung ist gegen jeden Abzug von Beiträgen bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit. § 14, Abs. 18: Die Unterstützung soll nicht vom 4., sondern vom 1. Tage an gezahlt werden. § 18, Abs. 2: Die Wahlen der Zahlstellenverwaltung und der Revisoren bedürfen der Bestätigung des Verbandsvorstandes. Dieser Paragraph ist überflüssig geworden, da im § 20 der Abs. 6a schon genügt.

Marktredwitz. Die Zahlstellen der Wahlgruppe Marktredwitz hielten am 12. Mai in Marktredwitz eine kombinierte Sitzung ab mit der Tagesordnung: Stellungnahme zum Statutenentwurf. Vertreten waren sämtliche Zahlstellen außer Hohenbrunn. Der Vorsitzende brachte die einzelnen Paragraphen des Statutenentwurfs zur Verlesung und es wurden folgende Abänderungsanträge gestellt:
1. Krankenunterstützung soll bei 5jähriger Mitgliedschaft auf die Höchstdauer von 18 Wochen ausgedehnt und vom 1. Tag an gewährt werden.
2. Arbeitslosenunterstützung soll nach den alten Sätzen beibehalten und vom ersten Tage an gewährt werden.

3. Stellungslose und arbeitsunfähige Mitglieder sollen, auch wenn sie Unterstützung beziehen, beitragsfrei sein.

Da in den neuen Statuten von der Beschwerdekommision nichts enthalten ist, entspann sich darüber eine längere Debatte. Alle Anwesenden verlangten, daß dieselbe beibehalten werden müsse. Auch sollen Anträge in diesem Sinne an die Generalversammlung gestellt werden. Die Sachlichkeit der Diszussion zeigte, daß alle Anwesenden von den ernstesten Bestrebungen beseelt sind, eine starke, kampffähige Organisation zu schaffen, was um so notwendiger ist, als das Unternehmertum mehr denn je die Zentralisation ihrer Verbände beschleunigt.

Rohlau. Die Zahlstellenversammlung, welche am 2. Mai stattfand, war von 17 Mitgliedern besucht. Nachdem das Kassieren der Beiträge, Erstattung des Kartellberichtes und Geschäftliches erledigt waren, wurden unsere zukünftigen Statuten kritisiert. Nach längerer Debatte wurde dem Versammlungsbeschluß der Zahlstelle Neuhaus a. N. einstimmig zugestimmt. Besonders hervorgehoben wurde noch, daß die Unterstützung der Mitglieder geschmälert werden solle, aber die Beiträge immer auf der Höhe bleiben.

Nachdem der Vorsitzende die anwesenden Mitglieder ersucht hatte, die Versammlungen pünktlich zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

Weißwasser. In der am 8. Mai stattgefundenen Zahlstellenversammlung wurde bei der Besprechung der neuen Statutenvorlage die darin festgesetzte Arbeitslosenunterstützung als zu niedrig bezeichnet. Ferner wurde die Herabsetzung der Karenzzeit bei Kranken- und Arbeitslosenunterstützung als notwendig erachtet.

Literarisches

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefozialismus. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint 1 Heft. Abonnements vierteljährlich 3 Mk. Einzelnummer 30 Pfg. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Expeditionen und Postanstalten entgegen.

Die „**Neue Zeit**“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„**Der Kampf um die Arbeitslosen-Versicherung und die Stadt Charlottenburg**“ verfaßt vom Stadtverordneten Gen. Wilhelm Richter betitelt sich eine 40 Seiten starke Broschüre, die ein reichhaltiges Material für jeden Kommunal- und Sozialpolitiker in sich birgt, und zur Agitation für die kommunale Arbeitslosen-Versicherung von Nutzen ist. Die Broschüre ist zu beziehen vom Genossen Otto Flemming, Charlottenburg, Pestalozzistr. 13 (Charlottenburger Gewerkschaftskommission) zum Preise von 25 Pfg. pro Stück.

Adressen-Änderungen

- Germersheim.** Wf. Hans Schächinger, Wf., Mittelgasse 152 — Rff. Hermann Bock Wf., Jakobstr. 190 p.
- Hohenbrunn.** Wf. Christ. Bonader, Alexanderbad bei Bunsfeld. — Rff. Arno Reinhold, Nr. 43.
- Stadtilm.** Rff. Richard Näder, Dr. Oberilm, Flatsch.

Versammlungs-Anzeigen

- Hilthaldensleben.** Sonnabend, 31. Mai, 8 Uhr, bei Wf. Peters Delegiertenwahl.
- Ahlen.** Sonnabend, 31. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Sandgathe, Südstr.
- Bonn.** Sonnabend, 31. Mai, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Sandtaule 13. Delegiertenwahl.
- Breslau.** Sonnabend, 24. Mai, 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12.
- Buckau.** Montag, 26. Mai, 6 Uhr, in der Thalia. Delegiertenwahl.
- Bunzlau.** Sonnabend, 24. Mai, 8 Uhr, im „Deutschen Reich.“ Delegiertenwahl.
- Golditz.** Sonnabend, 31. Mai, 5 Uhr, Delegiertenwahl.
- Cöln.** Dienstag, den 3. Juni, bei Söntgen, Schaafenstr. 45. Delegiertenwahl.
- Döbeln.** Sonnabend, 24. Mai, 8 Uhr, bei Wartmann, Neugasse, Delegiertenwahl.
- Düsseldorf.** Sonnabend, 24. Mai, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Flingerstraße, Zimmer 3. Vortrag des Genossen Schmidt über Volksfürsorge.
- Fraureuth.** Sonnabend, 24. Mai, punkt 4 Uhr, bei Aug. Bollstädt.
- Freiberg.** Sonnabend, 24. Mai, 4 Uhr, in der Union. Delegiertenwahl.
- Freienoria.** Sonnabend, 24. Mai, 8 Uhr, im Saaltal, Zimmer 3. Delegiertenwahl. Von 9 Uhr ab Versammlung.
- Geschwenda.** Montag, 2. Juni, 8 1/2 Uhr, im Gasthaus „Thüringer Wald“. Delegiertenwahl.
- Goldlauter.** Sonntag, 1. Juni, punkt 3 Uhr, in den „Drei Binden“. Alle erscheinen!
- Gräfenhain.** Sonnabend, 24. Mai, 8 Uhr, im Gasthof zum Steiger. Wichtige Tagesordnung. Delegiertenwahl.

Grünhain. Sonnabend, 24. Mai, 9 Uhr, im Restaurant Goldhahn.
Kahla. Sonnabend, 31. Mai, 8 1/2 Uhr, im Rosengarten. Delegiertenwahl.
Kronach. Sonnabend, 31. Mai, 5 1/2 Uhr, im „Bayrischen Hof.“ Wichtige Tagesordnung.
Köppelsdorf. Montag, 26. Mai, 6 Uhr, bei Bernh. Rebhan. Delegiertenwahl.
Langenau. Sonnabend, 24. Mai, 8 Uhr, bei Emil Söllner.
Langenberg. Sonnabend, 31. Mai, 4 1/2 Uhr, im Felsenteller, Delegiertenwahl.
Langewiesen. Sonnabend, 31. Mai, 5 Uhr, im Felsenteller. Delegiertenwahl. Alle erscheinen.
Liegnitz. Sonnabend, 24. Mai, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Delegiertenwahl.
Magdeburg. Sonnabend, 24. Mai, 4 Uhr, bei Glade, Wasserkunststraße 10 p.
Mannheim. Sonnabend, d. 31. Mai, 8 1/2 Uhr bei Witwe Ringinger, S. 7. 24.
Neuhaus a. R. Montag, 2. Juni, 8 Uhr, im Schützenhaus, Delegiertenwahl. Alle erscheinen!
Neuhaldensleben. Sonnabend, 31. Mai, bei Herzog, Masche. Delegiertenwahl.
Nürnberg. Sonnabend, 24. Mai, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, (Histor. Hof), Neue Gasse.
Oelde. Sonnabend, 31. Mai, im Kaisergarten. Delegiertenwahl. Quittungsbücher mitbringen.
Potschappel. Sonnabend, 24. Mai, 4 1/2 Uhr, in der „Roten Schänke“. Delegiertenwahl. Alle erscheinen!
Rauenstein. Sonntag, 25. Mai, 4 Uhr, bei A. Kenninger. Delegiertenwahl. Alle erscheinen.
Reichmannsdorf. Sonntag, 1. Juni, 7 Uhr, im „Meininger Hof.“ Delegiertenwahl. Alle erscheinen.
Schwarzenberg. Sonnabend, 24. Mai, 8 Uhr, im „Wettiner Hof.“ Alle erscheinen.
Suhl. Sonnabend, 31. Mai, 8 Uhr, in Dombergs Ansicht. Wichtige Tagesordnung.
Schedewitz. Montag, 26. Mai, punkt 6 1/2 Uhr im Konsum-Verein.
Schirnding. Sonnabend, 24. Mai, 8 Uhr, bei Christ. Fürbringer. Delegiertenwahl.
Schorndorf. Mittwoch, 28. Mai, 6 Uhr, im Hirsch.
Spandau. Sonnabend, 31. Mai, 8 Uhr, bei Danneberg, Bichelsdorferstr. 5. Delegiertenwahl.
Uegesack. Sonntag, 1. Juni, vormittags 9 Uhr, bei Friedrichs, Delegiertenwahl.
Waldsassen. Sonnabend, 24. Mai, 6 Uhr, im Bayrischen Hof. Delegiertenwahl.
Zell. Freitag, 30. Mai, 8 Uhr, in der Blume. Delegiertenwahl.

Anzeigen

Hufrol. Unser Mitglied Selmar Bergmann ist schon über 5 Jahre erwerbsunfähig. Seine Frau muß den Unterhalt für die Familie mit sechs unmündigen Kindern verdienen, weil der Mann lungenkrank ist und keinerlei Arbeiten verrichten kann. Seine Lage ist eine bedauernswerte. Wir bitten deshalb die Kollegen und Zahlstellen, ihm nach Möglichkeit eine Unterstützung zu gewähren. Geldsendungen sind zu richten an Fritz Schoof, Neuhaldensleben bei Magdeburg, Ritterstr. 9, 1 Tr.

Quittung. Für unser krankes Mitglied Joh. Wuth gingen folgende Beträge ein: Mannheim 3,05, Köhlan 10,—, Rudolstadt 10,—, Selb 10,—, Weißwasser 5,—, Kahla 3,—, Goldlauter 5,—, Schedewitz 5,—, Friedrichshagen 5,—, Colditz 6,—, Bonn 5,—, Elmsborn 15,—, Farge 10,—, Uegesack 5,—, Magdeburg-N. 20,—, Sophienau 2,50, Frankfurt a. O. 5,—, Bayreuth 5,—, Volkstedt 5,—, Frauenth 5,—, Höhre-Bonn 0 50, Schneiderheinz-Vollstedt 1,— Mk. Summa 141,05 Mk. Den Gebern besten Dank. Die Sammlung ist geschlossen. Zahlstelle „Staffel“. J. A.: Fritz Leib, Kassierer.

Fraureuth. Sonnabend, 24. Mai, 4 Uhr, findet hier in Wollstädts Restaurant eine Zahlstellenversammlung statt, in welcher die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung in beiden Abteilungen, und zwar von punkt 4 Uhr bis 10 Uhr, getrennt vorgenommen werden. Da die Stimmzettelausgabe nur eigenhändig erfolgen kann, wird es den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, sich vollzählig daran zu beteiligen. Die Verwaltung.

Goldlauter. Sonntag, den 1. Juni findet von 6—11 Uhr bei Gebhardt beim die Wahl des Delegierten zur Generalversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Die Verwaltung.

Mannheim. Unter Hinweis auf § 3, Ziffer 2 des Statuts fordere ich die leistenden Mitglieder auf, ihre Beiträge so bald wie möglich zu bezahlen und gleichzeitig die Pflichtstreifenmarke zu entnehmen. Der Kassierer.

Nürnberg. Sonntag, den 1. Juni, findet ein Ausflug statt. Abfahrt früh 8 1/2 Uhr bis Röhrenbach b. Lauf. Wanderung über Moritzberg nach Lauf, wofür selbst nachmittags 3 Uhr im Gasthaus „Schwan“ ein Ausflugstränzchen stattfindet. Hierzu werden die Mitglieder mit ihren Angehörigen und Bekannten freundlichst eingeladen. Die Verwaltung.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos	<h3 style="margin: 0;">Arbeitsmarkt</h3>	Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung
---	--	--

Braunschweig. Kollegen, welche gewillt sind, hier in Vertretung zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich vorher bei der Verwaltung zu erkundigen.

Frankfurt a. M. Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß sie hier nur mit Genehmigung des Arbeitsmarktes in Stellung treten können. Der Nachweis befindet sich bei den Kollegen Jakob Bauer, Frankfurt a. M., Dreiecksstr. 7.

Selb. Diejenigen Kollegen, welche beabsichtigen bei der Firma Heinrich & Co. in der Malerei in Stellung zu treten, werden dringend ersucht, vorher Erkundigungen bei der Zahlstellenverwaltung einzuholen. Die Zahlstellenverwaltung.

Preis der 2 Gespaltenen Beitzelle 20 Pfennig	<h3 style="margin: 0;">Geschäfts-Anzeigen</h3>	Vorausbezahlung ist Bedingung
--	--	-------------------------------

Goldschmiere, Goldabfälle

Durch mein einfaches selbstverprobtes Schmelzverfahren bin ich in der Lage (Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Nische, Stupfer, Pinsel, Waagen, Näpfe, Paletten, Flaschen), das Gramm Feingold bis **2,86 Mk.** bezahlen, keine Schmelzkosten mehr, bei sofortiger Geldsendung; Bezugszahlende zahle ich im Dezember und wenn ich diesen Monat garnicht verdiene. Geschäftsprinzip: Viel Kundschaft, wenig Nutzen. Viele Anerkennungen und Empfehlungen vom In- und Ausland.

M. Köhler, Dresden-N., Gerichtsstraße 8, 2. Etage

Achtung! Herr Kollege, warum schicken Sie Ihre **Goldabfälle** nicht zu mir? Machen Sie sofort einen Versuch. Alle, die bis jetzt einen Versuch machten, sind meine ständigen Kunden geworden. Mit kollegialem Gruß
H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sachsen.

Goldabfälle jeder Art Goldlappen, Goldwatten, Schmelzgold, Rehrgold kauft höchstzahlend
E. Recht, Berlin S. 14, Sebastiansstraße 76.
 Telefon Amt Moritzplatz, Nr. 5279.

Zahl weit grosser Umsatz höchste Preise	<h3 style="margin: 0;">Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle</h3>  <p style="text-align: center; margin: 0;">Goldschmied kauft</p> <p style="text-align: center; margin: 0;">Osterwühlstrasse 32. Otto Seifert, Zwickau S.</p>	Edel- Metall- Schmelz- Geordnet 1896
--	--	--

Alle Gold-, Silber- und Platinabfälle wie Flaschen, Näpfe, Paletten, Schmiere, Lappen, Pinsel, Waagen usw. werden ausgeschmolzen, auf Feingehalt probiert und zu den üblichen Preisen angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. Auch kann Feingold, gewalzt, von mir für 2,81 Mk. pro Gramm bezogen werden.

H. Haupt, Dresden-N., Gneisenaustr. 10.
 Gold- und Silberscheideanstalt.

Goldschmiere, Goldflaschen und alle in der Berggoldverarbeitung vorkommenden Abfälle kauft bei promptester reeller Bedienung **Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.**

Goldabfälle als Goldlappen, Goldschmiere, Paletten, Näpfe, leere Glanzgoldflaschen und alle Silber- und Platinabfälle werden ausgeschmolzen und nach Feuerprobe zum Tagesmetallkurs angekauft. Für alte Zahngewinne, sowie alte Schmuckgegenstände zahle ich höchsten Preis. Bei Eingang der Sendung noch selben Tags Geldzusendung. Beweis für reelle Bedienung ist: Ich erhalte von mehreren inzerierenden Goldeinkaufsfirmlen die aufgekauften Goldabfälle zum Ankauf.

Max Engel, Gold- und Silberscheide-Anstalt
 Dresden-N., Bönnischplatz 17

Herausgeg. v. Verbanne der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenbg., Rosinenstr. 3.
 Verlag: Wilhelm Jordan, Charlottenburg, Rosinenstr. 6.
 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22.